

EU: politische Prioritäten 2008/09

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Am 1. Januar 2008 wird Slowenien, am 1. Juli 2008 Frankreich die EU-Präsidentschaft übernehmen. Diese beiden Länder werden die Umsetzung des im Oktober 2007 vorgelegten Arbeitsprogramms für die nächsten 12-18 Monate zuständig sein. Erfahrungsgemäss wirken sich die politischen Aktivitäten in der EU auch auf die Schweiz aus. Einerseits leiden viele EU-Bürgerinnen und Bürger unter den gleichen Problemen wie das Schweizervolk. So zeigt die jüngste Befragung, dass sich die EU-Bürger am stärksten um die Soziale Sicherheit im Globalisierungskontext, die Arbeitslosigkeit, die Immigration und der Sicherheit sorgen. Die Umfragen zeigen aber auch ein steigendes Interesse an Klima- und Energiefragen und eine wachsende Akzeptanz für entsprechende Gesetzespakete. Andererseits neigen zahlreiche europophile Schweizer Parlamentsmitglieder dazu, die Politikthemen der EU auch auf die Schweiz zu übertragen, weil sie damit Vorarbeit für einen EU-Beitritt leisten, oder zumindest Wohlverhalten demonstrieren wollen. Oft wird auch die Notwendigkeit der EU-Kompatibilität vorgeschoben, um neue Gesetze oder Gesetzesänderungen in der Schweiz voranzutreiben. Ein Vergleich der parlamentarischen Vorstösse mit dem nachfolgenden EU-Arbeitsprogramm bringt den vorausseilenden Gehorsam bzw. die EU-hörigkeit von Rot/Grün ans Tageslicht. Nachfolgend soll das umfangreiche Arbeitsprogramm 2008 der EU stichwortartig zusammengefasst werden, denn viele dieser Themen dürften aus den erwähnten Gründen 2008 auch in der Schweiz diskutiert werden. Konkret sind folgende Prioritäten vorgesehen:

1. Wachstum und Arbeitsplätze:

- Überprüfung Lissabon Wachstums-Strategie im Frühjahr 2008
- Finanzsektor: mehr Transparenz für die Anleger, die Märkte und die Regulatoren, Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Retail Banking, der Finanzmärkte (inkl. Kreditvermittler), der Bewertungsstandards, die auch illiquide Aktiven umfassen, der prudentiellen Massnahmen (Eigenmittelerfordernis), des Risiko Managements (Klumpenrisiken), der Aufsicht, des Informationsaustauschs zwischen Aufsichtsbehörden, neue Regulierungen für Genossenschaftsbanken und Depotstellen (Ausfallrisiko Handelsbücher)
- Small Business Act (KMU), weitere Vereinfachung der EU-Gesetzgebung, das 2007 lancierte Aktionsprogramm hat eine Reduktion der administrativen Lasten um 25% bis 2012 zum Ziel.
- 1.1.08 Zypern und Malta Euro-Beitritt, EZB Konvergenzbericht 2008, Strategische Überprüfung EMU (Währungsunion)
- Einführung eines transparenten Registers über die Subventionsempfänger
- Schaffung eines Europäischen Stiftungsrechtes, Regelung von Nachfolgeproblemen und Testamenten

- Rechtshilfe im Zivilrecht mit Drittstaaten, Schutz persönlicher Daten
- Überprüfung Übernahme-Gesetzgebung (M&A)
- Überprüfung Richtlinien für Staatsbeihilfen an notleidende Unternehmen, insbesondere im Schiffsbau
- Einführung von Solvency II (Versicherungsaufsichtsgesetz) und GSM Richtlinien (Mobilfunk)

2. Nachhaltigkeit:

- Weissbuch: Folgen des Klimawandels, Bericht Biodiversität, Forstgesetze
- Förderung umweltschonender Verkehr, Schiffstransport- und Luftfahrtsgesetze (European Sky)
- REACH: Gesetz über die Zulassung von Chemikalien
- strategischer Energie-Bericht im Frühjahr 2009 mit Vorschlägen zur Energie-Besteuerung und Lenkungsabgaben
- Oel-Lagerhaltungs-Gesetz, Energiestandards für Gebäude
- Überprüfung der Agrarpolitik 2003, Grünbuch: Nahrungsmittelqualität, Kontrollsystem Fischerei
- GMES: Lancierung Global Monitoring for Environment and Security System
- Betriebsaufnahme des European Institute of Technology 2008

3. Integration:

- Gemeinsame Politik und Integrationsmassnahmen, Grünbuch: Migration und Ausbildung, Vereinheitlichung der Asylpolitik
- Kampf gegen illegale Immigration und Menschenhandel, Strengere Grenzkontrollen, insbesondere in Osteuropa
- Direktiven für temporäre Arbeitskräfte wie Saisoniers und Gleichbehandlung von Arbeitskräften (Diskriminierung)

4. Bürgernähe

- Bestandesaufnahme „Soziale Realität“
- Patientensicherheit und Qualität des Gesundheitswesens, Grünbuch: Gesundheitsberufe, Telemedizin
- Vereinheitlichung Konsumentenrechte
- Internet und neue Medien: Kohärenz und Sicherstellung kritischer Kommunikationssysteme, Überprüfung internationales Roaming-Geschäft

5. Internationale Beziehungen:

- Europäische Nachbarschaftspolitik: Baltikum (Weissrussland) und Mittelmeer
- Fortsetzung Beitrittsverhandlungen Türkei und Kroatien und zahlreiche bilaterale Abkommen, Fortschrittsberichte über Albanien, Bosnien-& Herzegowina, Montenegro, Serbien und Kosovo
- EU-Afrika-Gipfel im Dezember 2007, trilateraler Dialog zwischen EU, Afrika, und China, 10. EDF European Development Fund
- Neues Finanzierungs- und Wirkungsüberprüfungspaket zur Erfüllung der Millenniumsziele (Entwicklungshilfe = 0,7% des BIP).

Was das EU-Budget 2008 anbetrifft, so entfällt der grösste Anteil der EU Ausgaben zum ersten Mal auf Wachstum und Beschäftigung und nicht auf Landwirtschaft und natürliche Ressourcen. Mit den Verpflichtungsermächtigungen von € 129,2 Mrd. erhöht sich der Haushalt um 2 % gegenüber 2007. Bei den Zahlungsermächtigungen 121,6 Mrd. EUR ist eine Steigerung um 5,3% auf € 121.6 Mrd. budgetiert.

Fazit: Das Arbeitsprogramm 2008 der EU ist mehrheitlich auf links-grüne Themen ausgerichtet. Die Prioritäten der EU liegen nach wie vor bei staatlichen Beihilfen und Förderprogrammen und nicht bei der Stärkung des freien Unternehmertums. Im Finanzsektor ist im Gefolge der jüngsten Kreditkrise mit einem neuen Regulierungsschub zu rechnen. In der Aussenpolitik sind erste Anzeichen erkennbar, dass sich die EU nach den Auseinandersetzungen mit Russland auch wieder intensiver um Länder (Afrika) kümmern will, die über Rohstoffreserven verfügen. Der Schwerpunkt der politischen Aktivitäten der EU im Jahre 2008 liegt klar im Bereich der Energie- und Klima-Politik.